Rheinsberger Zeitung

Amtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis
in unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholestellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung verantwortlich Carl Thurmann

Druck und Verlag C. Thurmanns Buchhandlung Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet und bis vormittags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 66 | Fernsprecher | **Donnerstag, den 10. Juni 1926.** | Nummer 37 | **32. Jahrgang**

Armes Elsaß.

Schon zur Zeit Ludwigs XIV., des „Sonnenkönigs" von Frankreich, der nicht minder vom Größenwahn befallen war wie die Pariser Machthaber der Nachkriegszeit, wurde dies urdeutsche Land weit in die Pfalz hinein von Kriegen, Plünderungen und Beutezügen heimgesucht. Heute ist dies nicht mehr so offensichtlich. Man hört kein Kriegsgeschrei, aber wenn man acht gibt, so hört man das Murren und Seufzen der Bevölkerung, die die französische Verwaltung, das ganze französische Gebahren bis zum Ueberdruß durchgekostet hat. Deshalb ist nur allzu erklärlich, wenn im Elsaß, dem armen, vielgeprüften Land, die Autonomiebewegung ständig an Zuzug gewinnt. Es handelt sich dabei um die Loslösung der reinen Verwaltungsfragen vom französischen Regime. Selbstverwaltung ist zum Losungswort der Elsässer geworden. Um die Forderungen nachdrücklich zu gestalten, veranstaltete die Elsässische Volkspartei — das frühere elsässische Zentrum — öffentliche Kundgebungen in Kolmar, Mühlhausen und Straßburg. Das Sturmzeichen wurde am Pfingstmontag durch eine Versammlung von Anhängern der Wochenschrift „Zukunft" gegeben. Es geht um das Recht auf die Muttersprache in Verwaltung, Rechtspflege und Schule, um die Organisation der Schule und des Unterrichts, um die Stellung der Religion im öffentlichen Leben, um die freie Pflege der Eigenart, deren das elsaß-lothringische Volk sich immer deutlicher bewußt wird.

Alle Parteien sind sich hierin einig, daß hier etwas geschehen muß. Erst kürzlich hat auch der Parteitag der Radikalen des Unterelsaß einen Beschluß gefaßt zugunsten der Autonomieforderung. Von den 148 Delegierten stimmten 90 für eine Resolution, in der als Vorbedingung für jede Politik, die das Elsaß innerlich für Frankreich gewinnen will, die Anerkennung der elsässischen Eigenart und Sprache gefordert und das Bekenntnis abgelegt wird, daß die Radikale Partei für die Wahrung der elsässischen Heimatrechte eintrete. Es ist lehrreich und zugleich vielverheißend, gewisse französische Pressemeldungen in dieser Hinsicht zu verfolgen. Die Franzosen scheinen sich voll bewußt zu sein, was es geschlagen hat, wenn sie die nur allzu natürlichen Forderungen der Elsässer nicht erfüllen. So hieß es kürzlich in der „Revue Universelle": „Die gegenwärtige Lage trägt den Charakter äußersten Ernstes. Die Feindschaft gegen Frankreich, die gestern vereinzelt war, ist heute fast allgemein. Von einer individuellen und negativen ist sie eingetreten in die Phase der Aktivität und eröffnet furchtbare Aussichten." — Und eine andere Notiz sagt, der Ruf Frankreichs im Elsaß sei völlig schiffbrüchig geworden. — Wenn man bedenkt, wie heimtückisch die französische politische Polizei arbeitet, wie im ganzen Verwaltungssystem ein verderbliches Bespitzelungsmanöver Platz ergriffen hat, wie man sozusagen ein Postgeheimnis kaum mehr kennt und sogar Briefe einfach unterschlägt, dann kann man verstehen, daß der „Ruf Frankreichs" in deutschen Augen allerdings nichts gewinnen kann. Im Steuerwesen herrschen dieselben Zustände.

Ein unlängst vorgekommener Fall illustriert das Benehmen der französischen Beamten nur allzu drastisch. Ein Beamter, namens Girard, beleidigte die deutschen Steuereinnehmer wegen ihres Militärdienstes in der deutschen Armee. Sie seien Individuen, die vom Teufel besessen sind. Die beleidigten Beamten verlangten sofortige Abberufung Girards. Dies wurde zugesagt für den Fall, daß die Versetzungsgelder aufgebracht würden. Es wurden infolgedessen Unterschriften gesammelt und öffentliche Kundgebungen veranstaltet, die Girard und seine Anhänger zu sabotieren versuchten, was ihnen jedoch nicht gelang. Stürmische Versammlungen beschäftigten sich nur mit dem Fall Girard, — nicht nur wegen dieses speziellen Falls, sondern weil dieser Fall zugleich ein Schulbeispiel für unzählige ähnliche Fälle ist. So wurde dargelegt, wie Girard die Steuerbeamten moralisch vergewaltigte und ihnen die schwersten Nachteile in Aussicht stellte, wenn sie nicht die innerfranzösische Buchführung übernehmen wollten, deren allgemeine Einführung Elsaß-Lothringen mehrere Millionen kosten und den ganzen Betrieb trotzdem noch erschweren würde. Ein Abgeordneter erklärte unter tosendem Beifall: „Einen Elsässer, der Offizier in der deutschen Armee war, schätze ich höher als einen Spion oder einen Deserteur."

Kurz und gut, man merkt, wie es im Elsaß zugeht unter der aufdringlichen Franzosenherrschaft. Wenn die Franzosen glauben, ein Land auf solche arrogante Weise „friedlich durchdringen" zu können, so sind sie denn doch sehr auf dem Holzweg. Jeder neue Fall Girard ist ein weiterer Schritt zur Autonomie. Frankreich ist also, wie man ja täglich sieht, seit Ludwig XIV., in nichts vernünftiger geworden. Daß dadurch unsere Brüder im Elsaß leiden müssen, ist für uns Deutsche ein düsteres Kapitel: Armes Elsaß!

Lokales, Provinzielles u. Vermischtes.

Rheinsberg, den 9. Juni 1926.

— Wie uns die Polizei-Verwaltung mitteilt, sind kürzlich aus einem in der Schloßstraße haltenden Kraftwagen folgende Sachen, die sich in einer braunen Lederhandtasche befanden, gestohlen worden oder auf andere Weise abhanden gekommen: ein weißes Gerstenkornhandtuch gestickt rot: „J. L." und Zahl, eine blau-weiß gestreifte Knabenmatrosenbluse, zwei kleine weiße Damastservietten gezeichnet weiß „J. L.", eine große weiße Serviette „J. L.", eine Haarbrüste (weiß Zelluloid), ein Stück Fliederseife, ein blauer Emailletopf mit Deckel, zwei Porzellanteller mit schwarz-goldenem Rand, drei versiliberte Gabeln, zwei versilberte Messer, ein silbernes Messer „S." mit Krone, Aufschnitt, ein Brotbeutel, Sicherheitsnadeln.

— Dem Rheinsberger Lichtspielhaus ist es unter großen Unkosten gelungen, den neuesten und bisher größten Film Mae Murrays, der sogar den bereits gezeigten Film „Fascination" übertrifft, abzuschließen. Dieses gewaltige, nervenkitzelnde Filmwerk heißt „Ninon, die Fürstin von Jazzmanien". Selten wies ein Film eine solche Fülle Romantik, Handlung und Ideenreichtum auf, wie dieser eine neue. Er verschluckte die enorme Herstellungssumme von rund 2 Millionen Goldmark. Dieser Roman einer schönen Frau, der 1000 Neuheiten in sich birgt, gelangt Freitag und Sonntag zur Vorführung.

— **Gruppentreffen der Gruppe 3 des Gaues Ruppin.** Am vergangenen Sonntag trafen sich in Zechliner Hütte die Vorsitzenden der Vereine, die der Gruppe Rheinsberg des Gaues Ruppin der deutschen Turnerschaft angehören. Erschienen waren nicht Linow und Flecken Zechlin. Es handelt sich bei dieser Zusammenkunft besonders um die Wertung der Rheinsberger Turner, die — nach der Vereinbarung in Zühlen — von ihren Punktzahlen 10% abgezogen erhalten sollten. Begreiflich, daß sich die Rheinsberger dagegen sträubten. Auf der Besprechung wurde eine andere Regelung vorgenommen. Die Turner der Männerabteilung werden auf dem Gruppenturnfest in Zechlinerhütte am 11. Juli in zwei Abteilungen eingeteilt. Abteilung A Turner die schon Preise errungen haben; B Turner die noch keine Auszeichnung erhielten. Mit dieser Regelung ist Rheinsberg den Brudervereinen bedeutend entgegengekommen; denn es ist nicht üblich und nicht zulässig, daß Turner schon vor einem Kampf nach früheren Erfolgen klassifiziert werden. Dann gab der Vorsitzende des Brudervereins Zechlinerhütte einen Ueberblick über das geplante Fest. Es beginnt am Sonnabend mit einem Kommers und einer Kampfrichtersitzung und endet am Sonntag mit einem Ball in beiden Sälen. Der Sonntag selbst ist ausgefüllt mit Kämpfen am Vormittag, dem Akt der Fahnenweihe und einem Festumzug am Nachmittag. Zechlinerhütte will zu seinem Fest alle naheliegende Vereine des Gaues einladen und hofft auf rege Beteiligung. Es ist dem Verein, der erst kurze Zeit der deutschen Turnerschaft angehört, zu wünschen, daß dieses Fest wunschgemäß harmonisch verläuft.

— **Der deutsche Jungmädchendienst,** den Rheinsbergern nicht mehr unbekannt, wird im Juli zu seinem „Führerlager" wieder in Rheinsberg zusammenkommen. Das Jungdeutschland-Haus nimmt die Gruppe auf. Der deutsche Jungmädchendienst will in seinen Kursen, hier unter Führung von Frau von Willich, junge gebildete Mädchen in verschiedenen Zweigen der tätigen Mitarbeit am Volke ausbilden. Die Teilnehmeninnen treiben Gymnastik nach neusten Systemen, lernen das Rettungsschwimmen und erste Hilfe bei Unglücksfällen, hinzu kommt: Kartenlesen, Führung der Gruppen im Gelände, Kochen und Wirtschaften für große Gruppen. Eine Prüfung beendet die Lehrgänge. Da der Jungmädchendienst Vaterlandsarbeit treibt, ist es nur zu wünschen, daß auch in diesem Jahre die Gruppe freudig aufgenommen wird.

— **Arbeitgeber und Krankenkassen.** In einer allgemeinen Verfügung des preußischen Justizministeriums wird unter Hinweis auf die Notlage der Krankenkassen die Notwendigkeit betont, mit Nachdruck gegen solche Arbeitgeber einzuschreiten, die vorsätzlich Beitragsteile, die sie den Beschäftigten einbehatten oder von ihnen erhalten haben, der berechtigten Kasse vorenthalten, oder die sonst den §§ 522 ff der Reichsversicherungsordnung zuwiderhandeln. Die Strafverfolgungsbehörden werden angewiesen, der Bekämpfung solcher Straftaten ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und durch entsprechende Strafanträge, gegebenenfalls durch Einlegung von Rechtsmitteln auf eine angemessene Bestrafung hinzuwirken.

— **Das Schulgeld der Kriegsbeschädigten-Kinder.** Bei Gewährung von Vergünstigungen zur Förderung begabter und bedürftiger Schüler an höheren Lehranstalten kann, soweit Kinder von Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen in Betracht kommen, zur Vermeidung von Schreibwerk der Nachweiß der Bedürftigkeit als erbracht angesehen werden, wenn eine Bescheinigung der amtlichen Fürsorgestelle darüber vorgelegt wird, daß der Erziehungsberechtigte neben den Versorgungsgebührnissen die Zusatzrente bezieht. Das weitere Erfordernis der Begabung bleibt unberührt.

— **Falsche 1 Mark-Stücke** sind aufgetaucht. Man hat verschiedentlich versucht, sie bei den Kaufleuten in Zahlung zu geben. Die Stücke sind daran erkenntlich, daß sie Eichenkranz und Jahreszahl 1926 tragen. 1 Mark-Stücke mit Eichenkranz sind aber nur im Jahre 1925 geprägt worden. Aeußerlich unterscheiden sich die Geldstücke, die sehr geschickt hergestellt sind, kaum von den echten Stücken. Anscheinend sind sie mit einem Silberüberzug versehen, der Kern ist unechtes Metall.

— **Spargel wat is dat.** Ein Kaufmann im Osten (Kreis Neuhaus) hatte in der Zeitung angezeigt, daß er Spargel abgebe. Kommt da ein Landbewohner zu dem Kaufmann und sagt: „Goden Tag! Och, Se hebbt jo Spargeld aftogeben, un ick künn woll so paar hundert Markt bruken!" Der Kaufmann sieht den Mann verwundert an. „Nein, mein lieber Mann, Geld habe ich nicht, eine Sparkasse bin ich nicht." — „Ja, dat steiht doch in de Zeitung. Süh, ick heff se mitbrocht. Hier steiht." „Aber lieber Mann, das heißt doch Spargel." — „Spargel? Was is denn dat?" — „Das ist was zu essen." — „Och, to eeten heff ich no wat, dor bruk ick ehrn Spargel nich."

Zechlin. Gemeindevertreter-Sitzung. Seitens der Provinz wird die Ansiedlung von 8—12 Arbeiterfamilien aus dem Ruhrgebiet hier auf fiskalischen Gebiet geplant. Die Regierung will, das etwa 10 Morgen große Siedlungsgebiet aber nur unter der Bedingung an die Provinz verkaufen, daß die Gemeinde Fl. Zechlin, an welche das Gebiet angrenzt, dieses eingemeindet, also das mit dem Projekt verbundene Risiko übernimmt. Die Versammlung lehnt das umso mehr ab, als die Arbeitsgelegenheit bereits für unsere Einwohner oft unzureichend ist, also vermieden werden muß, Konkurrenz für unsere Arbeiter heranzuholen. — Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die Anerkennungsgebühr für Errichtung einer Dapolin-Tankstelle in der Rheinsbergerstraße nur jährlich, nicht für die ganze Vertragsdauer auf einmal, im Voraus bezahlt wird. (50 Mk. pro Jahr.) — Die Aufstellung von Privat-Reklameschildern auf dem Marktplatz, das heißt auf Gemeindegebiet, wird nicht zugelassen. — Die Gemeindevertreter beschließen, dem Verkehrsverband Ruppin-Havelland-Prignitz zunächst für 1 Jahr beizutreten. — Gegen Belastung der Schulverbandkasse für eine Schulstelle, die garnicht mehr vorhanden, sondern abgebaut ist, mit Beiträgen an die Landesschulkasse, sollen die geeigneten Schritte unternommen werde. — Die Versammlung schlägt folgende Straßen-Benennungen vor: auf dem Weinberg a) die Straße zwischen Grävenitz- und Mirower-Straße: „Mittel-Straße", b) die Straße von Julius Hartig über Barz, Otto Frenzel bis zum Wald: „Weinbergsring", ferner soll die Verlängerung der Wittstocker-Straße von dem Busolt'schen Garten an „Bahnhofsstraße" heißen.

Velten. Der Hund und die Konkursmasse. Der Konkursverwalter Sch. erhielt einen Strafbefehl, weil der Hund der Veltener Porzellanfabrik-Aktengesellschaft während der Zeit der Viehseuche frei umherlief. Die Aktiengesellschaft steht im Konkurs. Sch. erhob nun gegen diesen Strafbefehl richterlichen Einspruch. An Gerichtsstelle bestritt er wie auch sein Rechtsbeistand, daß ein Hund in die Konkursmasse aufgenommen ist. Die Gemeinde erhebt aber aus der Konkursmasse die Hundesteuer, die auch von der Fabrik jahrelang gezahlt worden ist. Der Konkursverwalter konnte aber nachweisen, daß der Hund in seinem Konkursverzeichnis nicht aufgeführt worden ist, und daß er auch die Hundesteuer ablehne. Um die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen und weil von seiten der Konkursverwaltung kein böser Wille vorlag, auch der fragliche Hund vor drei Tagen überfahren worden ist, stellt das Gericht das Verfahren auf Staatskosten ein.